

## Energiepolitik

Interview

## „Beim Umdenken spielt der Geldbeutel immer eine große Rolle“

Der Energiefahrplan des Umweltverbands BUND ist gerade neu erschienen. Erstmals wurde auch der Verkehrssektor aufgenommen. Für Franz Pöter, den Energiereferenten beim BUND-Landesverband Baden-Württemberg, ist das Thema Energiewende drängender denn je.



**Franz Pöter** ist seit Herbst 2008 Umwelt- und Energiereferent beim BUND-Landesverband Baden-Württemberg.

**Staatsanzeiger: Umweltministerin Tanja Gönner will die Abhängigkeit von Energieimporten durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien verringern. Rennen Sie mit ihrem Energiefahrplan nun offene Türen ein?**

**Franz Pöter:** Wir hoffen, dass wir das tun und dass die Landesregierung kapiert hat, wie die Weichen gestellt werden müssen. Wir glauben aber nicht, dass die Landesregierung die nach unseren Berechnungen erforderlichen Zielsetzungen und Maßnahmen direkt übernehmen wird. Schließlich verkündet sie schon länger, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden sollen. Nur die notwendige Dynamik dahinter sehe ich noch nicht.

**Zur Energieversorgung der Zukunft gibt es viele Studien und Szenarien. EnBW-Chef Villis zitiert Studien, die sagen, dass wir ohne Atomstrom und ohne Kohlekraftwerke eine Stromlücke haben werden. Was ist daran?**

Gar nichts ist dran. Wesentliche Studien beweisen das Gegenteil. So sagt das Umweltbundesamt beispielsweise, dass keine Stromlücke zu erwarten ist, wenn man aus der Atomenergie aussteigt und keine neuen Kohlekraftwerke baut. Zu dem Ergebnis sind auch wir im Fahrplan Energiewende gekommen. Es gibt keine Stromlücke, wenn man die erneuerbaren Energien entsprechend ausbaut, die Energieeffizienz steigert und die Energieeinsparungen macht. Auf Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke kann man verzichten.

**Es ist immer wieder zu hören, dass die erneuerbaren Energien nicht grundlastfähig seien. Kann es hier künftig Probleme geben?**

Die erneuerbaren Energien muss man als Gesamtheit sehen. Es gibt ja nicht nur Photovoltaik oder nur Windenergie. Es gibt auch erneuerbare Energieträger wie Tiefenergie, Biomasse oder Biomasse, die durchaus grundlastfähig sind. Es

geht um einen entsprechenden Mix und eine Kombination der erneuerbaren Energien. Sie können dadurch auch als Grundlast genutzt werden. Genauso gilt es selbstverständlich, entsprechende Speichertechnologien zu entwickeln, aus denen man zu bestimmten Zeiten Energie abrufen kann. Und was wir im Fahrplan Energiewende auch deutlich machen: Es muss vorübergehend auch noch fossile Kraftwerke geben. Vor allem Gaskraftwerke, die aber hocheffizient in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden.

**Warum speziell Gaskraftwerke und keine Kohlekraftwerke, die derzeit an vielen Orten neu gebaut werden?**

Gas hat eine deutlich bessere Kohlendioxidbilanz und bietet Vorteile, etwa, wenn es um schnelles Zuschalten oder Regulieren der Kraftwerke geht. Bei einem Kohlekraftwerk braucht man mehrere Stunden, bis es auf volle Leistung hochgefahren ist. Außerdem lässt sich die Technik auch mit Biogas nutzen.

**Aber wenn Gas so viele Vorteile bietet, warum setzen dann derzeit die Energieversorger überwiegend auf neue Kohlekraftwerke?**

Die Prognosen zur Endlichkeit der fossilen Energien sagen, dass die Kohlevorkommen länger reichen als die Gasvorkommen. Die Kohle ist im Verhältnis außerdem relativ günstig. Auch gibt es eine gewisse Diversifikation, wenn es darum geht, wo man die Kohle auf dem Weltmarkt bezieht. Gas hingegen kommt im Wesentlichen aus Russland. Da sind dann eben auch, wie derzeit zu sehen ist, größere Abhängigkeiten zu erwarten.



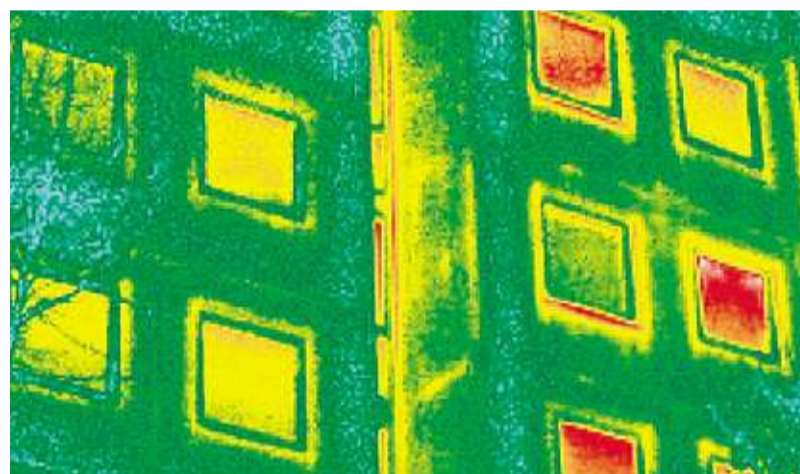
Wenn es nach den Vorgaben des BUND-Energiefahrplans geht, müssen die erneuerbaren Energien deutlich ausgebaut werden. FOTO: DPA



Auch im Autobereich sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen gesenkt werden. FOTO: DPA

**Für eine Energiewende müssen aber auch die Menschen umdenken. Wie erreicht man das?**

Beim Umdenken spielt der Geldbeutel immer eine große Rolle. Wir haben gerade wieder eine gewisse Talsohle bei Öl- und Benzinpreisen, aber alle Experten prognostizieren, dass man perspektivisch von steigenden Energiepreisen ausgehen muss. Das ist sicher ein Punkt, wo der eine oder die andere anfängt, umzudenken. Dann das Thema Bequemlichkeit. Ich denke, man muss auch Strukturen vorhalten, die den Umstieg erleichtern. Beispielsweise läuft derzeit in Ulm ein Versuch, wo man unkompliziert mal für eine Viertelstunde einen Smart ausleihen kann. Dritter Punkt ist die Frage nach der kritischen Masse, nach dem Main-



Im Wärmebereich gibt es viele Einsparmöglichkeiten. Die Landesregierung ist hier mit dem Wärmegesetz nach BUND-Ansicht beispielhaft vorangegangen. FOTO: DPA

stream und den Sonderwegen. Ich bin zuversichtlich, dass die Gesamtentwicklung dahin geht, dass immer mehr Menschen mal für sich auszuprobieren, Geld zu sparen, oder Bequemlichkeit mal anders zu definieren. Ich spüre es beispielsweise als Pendler selbst, dass die Züge immer voller werden. Insofern glaube ich auch, dass da ein neuer Trend in Gang gesetzt wird.

**So eine Energiewende kostet auch Geld. Wie kann sie finanziert werden?**

Die fossilen Energien werden alle knapper und deshalb teurer. Die erneuerbaren Energien haben noch ein Innovationspotenzial, durch das der Preis pro Kilowattstunde sinkt. Deshalb gibt es ja im Erneuerbaren Energien-Gesetz eine Degression, wonach für Pho-

tovoltaik beispielsweise die Vergütung jedes Jahr um acht Prozent sinkt. Nach unseren Prognosen wird es etwa ab dem Jahr 2020/2022 keine Differenzkosten mehr geben. Und im Jahr 2030 werden durch den Umstieg steigende fossile Energiekosten vermieden und dabei so viel Geld eingespart, dass sich die Vorinvestitionen dann schon rentieren. Hinzu kommt: Das Thema Energiewende ist auch ein in hohem Maße soziales Projekt, weil wir damit langfristig bezahlbare Energiepreise sicherstellen können. Wenn wir jetzt nicht umsteuern, dann haben wir spätestens in zehn bis 15 Jahren, wenn die fossilen Rohstoffvorkommen zur Neige gehen, das Problem, dass tatsächlich nur noch die, die viel Geld haben, sich Energie leisten können.

**Dennoch: Lässt die Wirtschafts- und Finanzkrise das Thema Energie und Klima nicht in den Hintergrund treten?**

Ich finde, dass im Prinzip das Gegenteil der Fall ist. Wir haben im Bereich der erneuerbaren Energien eher kleinteilige und kleinräumige Strukturen. Es gibt viele Beispiele von Bürgersolaranlagen oder Bioenergiehöfen, wo Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt sind. Deren Finanzierung ist gegensätzlich zu den bisherigen, zentralistischen Finanzierungsstrukturen. Und wenn man zum Beispiel an die Kohlekraftwerke in Karlsruhe und Mannheim denkt, die aus unserer Sicht unnötig sind wie ein Kropf, kosten die natürlich wahnsinnige Summen. Was die Finanzmarktrelevanz angeht, haben wir aus meiner Sicht deutlich günstigere Finanzierungsstrukturen, wenn wir an dieser Stelle auf neue dezentrale Energiestrukturen setzen.

**Beim Thema Energie- und Klimapolitik reden EU und Bund an vielen Stellen mit. Wo können Land oder Kommunen direkt tätig werden?**

Die Landesregierung hat mit dem Landeswärmegesetz gezeigt, wie sie politische Prozesse gestalten und vorantreiben kann, so dass diese sogar von der Bundesregierung übernommen werden. Solche innovativen Sprünge sollten häufiger gemacht werden, zum Beispiel bei der Förderung von Wärmenetzen. Nicht zu vergessen, die Forschungsausgaben des Landes. Auch hier kann beispielsweise ein Schwerpunkt auf regenerative Energien und Energieeffizienzforschung gelegt werden. Außerdem hat die Landesregierung natürlich durch die Möglichkeit, über den Bundesrat oder die Vertretung des Landes bei der EU Einfluss zu nehmen. Auch im Verkehrsbereich haben Land und Kommunen einige Steuerungsmöglichkeiten, wie sie die Infrastruktur anlegen und beispielsweise den ÖPNV fördern. Generell können Kommunen über ihre Planungshoheit viel für den Klimaschutz tun und haben somit eine Schlüsselrolle für die Energiewende.

Das Gespräch führte Stefanie Schlüter

## Energiefahrplan des BUND: Kohlendioxid-Emissionen sollen bis 2050 um 70 Prozent gesenkt werden

Im Verkehrsbereich soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Vergleich zu 2005 um 24 Prozent verringert werden

STUTTGART. Der Energiefahrplan des Landesverbands des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) setzt auf drei Säulen: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die Ziele sind ehrgeiziger als die der Landesregierung, nach Ansicht der Fachleute beim BUND aber sowohl machbar als auch notwendig, um die Energiewende zu schaffen.

Danach soll bis zum Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2005 der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg um 17 Prozent gesenkt werden auf rund 950 Peta-Joule pro Jahr (PJ/a). 100 Peta-Joule entsprechen 27 777,8 Megawattstunden. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bei der Stromerzeugung auf 25 Prozent und bei der Wärmeenergieerzeugung auf 20 Prozent gesteigert werden. Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung soll auf 20 Prozent gesteigert werden. Durch diese Maßnahmen sollen die energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen um 20 Prozent auf 60 Millionen Tonnen pro Jahr gesenkt werden. Durch ein geändertes Mobilitätsverhalten sollen außerdem die Kohlendioxid-

Emissionen aus dem Verkehr um 24 Prozent gesenkt werden. Für den Zeitraum von 2020 bis 2050 soll der Endenergieverbrauch weiter gesenkt werden, so dass er im Jahr 2050 insgesamt um 40 Prozent unter dem Verbrauch von 2005 liegt.



Geht es nach dem Energiefahrplan der Experten beim BUND, dann werden Schornsteine und Autos künftig deutlich weniger Kohlendioxid ausstoßen. FOTO: DPA

Emissionen aus dem Verkehr um 24 Prozent gesenkt werden.

Für den Zeitraum von 2020 bis 2050 soll der Endenergieverbrauch weiter gesenkt werden, so dass er im Jahr 2050 insgesamt um 40 Prozent unter dem Verbrauch von 2005 liegt.

Die erneuerbaren Energien sollen bis zum Jahr 2050 jeweils 60 Prozent zur Strom- und zur Wärmeenergieerzeugung beitragen. Die energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen sollen im Jahr 2050 um 70 Prozent unter den Emissionen im Jahr 2005 liegen und lediglich noch 22 Millionen Tonnen pro Jahr betragen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Verkehr sollen bis zum Jahr 2050 um insgesamt 24 Prozent sinken.

Der BUND stützt sich bei seinem Energiefahrplan auf die Nitsch-Studie der Landesregierung zu Struktur und Entwicklung der zukünftigen Stromversorgung in Baden-Württemberg, auf das Klimakonzept 2020 des Umweltministeriums, die Nitsch-Studie zu einer nachhaltigen Energieversorgung für Baden-Württemberg sowie die langfristigen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele von EU und Bundesregierung und die Vereinbarung für den Atomausstieg. (schl)

## Wirtschaftsminister setzt auf Energiemix

Atomkraftwerke sollen länger am Netz bleiben

STUTTGART. Angesichts des Lieferstopps für Erdgas aus Russland über die Ukraine nach Westeuropa hat Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) erneut für das Festhalten an einem ausgewogenen Energiemix geworben.

„Wir tun alles für den Ausbau der erneuerbaren Energien und wollen bis 2020 einen Anteil von mindestens 20 Prozent der erneuerbaren Energieträger an der Stromproduktion erreichen“, sagte Wirtschaftsminister Pfister. Auch im Wärmebereich soll bis 2020 der Anteil der erneuerbaren Energieträger auf mindestens 16 Prozent erhöht werden.

„Wir müssen aber auch sagen, wo die restlichen 80 Prozent herkommen sollen. Wir können daher mittelfristig weder auf fossile Energieträger noch auf die Kernkraft verzichten“, ist Pfister überzeugt. Denn der Ausbau der erneuerbaren Energieträger habe Grenzen. Die Landes-

regierung setzt deshalb mit Blick auf das Jahr 2020 auf 20 Prozent erneuerbare Energien, 30 Prozent fossile Energien und 50 Prozent Kernkraft für die Stromerzeugung.

Pfister spricht sich sowohl für eine längere Laufzeit von Atomkraftwerken aus als auch für den Bau moderner Kohlekraftwerke. Diesen Bau zu boykottieren, könne sich das Land weder aus energiepolitischer noch aus wirtschaftspolitischer Sicht leisten, ist der Wirtschaftsminister überzeugt. Zumal, so Pfister, allein mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen die Energieversorgung im Jahr 2020 nicht darstellbar sei. (schl)

**MEHR ZUM THEMA**  
Das Energiekonzept 2020 des Landes:  
[www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Energiekonzept%202020.pdf](http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Energiekonzept%202020.pdf)